

26./VI. 1916

Die Tarifreform der Straßenbahn.**Ein Wiederaufnahme-Verfahren?**

Der Verbandsausschuß des Verbandes Groß-Berlin beschäftigte sich heute vormittag mit Verkehrsangelegenheiten. Er erörterte erneut die Tarifschwierigkeiten der Groß-Berliner Verkehrsgesellschaft, über die der Verbandsdirektor Dr. Steiniger und Stadtrat Alberti-Berlin berichteten. Es handelte sich um die Anträge der Großen Berliner Straßenbahn auf Genehmigung der bekannten Tarifierhöhungen, die schon einmal mit großer Mehrheit abgelehnt worden sind. Die Groß-Berliner Straßenbahn, und die mit ihr verbundenen Tochtergesellschaften, begründen die Anträge auf die Tarifierhöhungen mit erhöhten Ausgaben und dergleichen mehr. Der Verbandsausschuß überwies nach einer Erörterung diese Anträge einem Ausschuß von 13 Mitgliedern, in dem die Stadt Berlin nur mit drei Mitgliedern und die Stadt Schöneberg sogar nur mit einem Mitglied vertreten ist. Unwesentliche Fahrplanänderungen auf den Linien 52, 68, 168, 69, 71, 43, 7, G, L und O sowie die Verlängerung der Linie 24 nach Reinickendorf fanden die Zustimmung des Ausschusses. Ueber eine Sitzung des Forstunterausschusses und über die Anlage von Freisflächen in Groß-Lichterfelde wurde berichtet.

Im Verlauf der Sitzung berichtete der Verbandsdirektor Dr. Steiniger und nach ihm der Landrat von Ahrenbach über den Beschluß der Verbandsversammlung zu der Ansiedlungspolitik des Fiskus in Dahlem. Danach sind die Unstimmigkeiten, die zwischen dem Verbande und dem Fiskus in dieser Frage entstanden waren behoben.